

Wirtschaft

Briefe an die Herausgeber

Kein Auslaufmodell

Zu „Im Schatten“ vom 7. September: Ein „Auslaufmodell“ ist die FDP mit Sicherheit nicht. Als letzte Stimme der Marktwirtschaft hat die Partei (der Autor dieses Leserbriefes gehört ihr an) in einem Umfeld wachsender Staatsgläubigkeit unstreitig ihre Existenzberechtigung. Allerdings lassen die Wahlergebnisse in Sachsen und Brandenburg sowie insbesondere bei der Europawahl den Befund zu, dass die Themenwahl der FDP und die Gefühlslage der Bevölkerung derzeit nur eingeschränkt kongruent sind. Daher sollte die FDP sich neben ihren klassischen Themen – Steuern, Mittelstand, Digitalisierung – stärker jenen Fragen zuwenden, die den Menschen wirklich unter den Nägeln brennen. Globalisierung, Digitalisierung, Migration und Klimawandel verdichten sich derzeit zu einem immer weiter um sich greifenden Bedrohungsempfinden, welches die Bürgerinnen und Bürger an den Wirkungsmöglichkeiten herkömmlicher Politik zweifeln lässt. Es sind diese Menschen, für die die Freien Demokraten überzeugende, inkludierende Angebote entwickeln müssen.

Ein erweiterter liberaler Themenbogen reicht insoweit von der Schule über den Bereich Wohnen bis hin zum Arbeitsmarkt und von der Rente bis zur Pflege. In unseren Schulen muss noch stärker darauf geachtet werden, dass Schülerinnen und Schüler, denen das Lernen schwerfällt, in vollem Umfang mitgenommen werden. Digitale Instrumente sind dafür unverzichtbar, müssen aber durch passgenaue didaktische Konzepte und Förderansätze ergänzt werden. Ein besonderes Augenmerk sollte jungen Menschen mit Migrationshintergrund gelten, in deren Zuhause oftmals kein (oder nur wenig) Deutsch gesprochen wird. Mit Blick auf die Wohnungsknappheit genügt es nicht, im Stakkato „Bauen, bauen, bauen“ zu rufen. Natürlich müssen mehr Flächen ausgewiesen und muss im Bestand aufgestockt werden. Daneben erwarten die Menschen jedoch Maßnahmen, die kurzfristig wirken: Ein sachgerecht ausgestaltetes Wohngeld zählt ebenso dazu wie eine gezielte Aus-

richtung des sozialen Wohnungsbaus auf nachweislich Bedürftige. Zulagen, die es Mietern ermöglichen, Anteile an Wohnungsgenossenschaften zu erwerben, wären ein urliberaler Ansatz, während Mietpreisbremsen nicht pauschal verurteilt werden sollten, solange sie in den Quartieren dazu beitragen, die soziale Ruhe aufrechtzuerhalten.

Im Bereich des Arbeitsmarktes sollten die Freien Demokraten sich stärker der Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit annehmen und hier konkret aufzeigen, wie Langzeitarbeitslosen der Weg zurück in eine reguläre Beschäftigung gebahnt werden kann. Zugleich bedarf es einer kohärenten Altersvorsorgepolitik, die die kapitalgedeckte sowie insbesondere die betriebliche Vorsorge fördert und zugleich die gesetzliche Rente wetterfest macht. Schließlich könnte eine Chance für die Liberalen darin bestehen, sich stärker mit dem Thema Pflege auseinanderzusetzen: Die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland (schon jetzt 3 Millionen) steigt unaufhaltsam an. Jedoch ist die dafür erforderliche Infrastruktur bei weitem noch nicht vorhanden. Moderne Heime und Hospize sind ebenso erforderlich wie eine Stärkung der häuslichen oder ambulanten Pflege – auch dafür kann und muss es durchdachte liberale Konzepte geben. Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist eine starke, florierende Wirtschaft die Grundvoraussetzung, um der multiplen Herausforderungen moderner Gesellschaften Herr zu werden. Daher muss und wird die FDP auch weiterhin für optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen und Unternehmer eintreten. Jedoch muss die Partei zugleich eine neue soziale Kreditwürdigkeit aufbauen. Neben den Wirtschafts- sowie den Bürgerrechtsliberalismus muss ein „inklusive“ Liberalismus treten, der möglichst niemanden zu-rücklässt, soziale Unwuchten behebt und mehr Menschen echte Aufstiegschancen eröffnet. Christian Lindner hat es in der Hand, seine – unsere – Partei in diese Richtung weiterzuentwickeln.

DR. HANS BELLSTEDT, BERLIN

Von den vielen Zuschriften, die uns täglich erreichen und die uns wertvolle Anregungen für unsere Arbeit geben, können wir nur einen kleinen Teil veröffentlichen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie Kritik oder Zustimmung enthalten. Oft müssen wir kürzen, denn möglichst viele Leser sollen zu Wort kommen. Wir lesen alle Briefe sorgfältig und beachten sie, auch wenn wir sie nicht beantworten können.